




LipsCityForum
WELTWEIT SYMPATHISCH

WWW.LIPSCITYFORUM.COM

ZWISCHEN WAHRHEIT UND LÜGE

TEIL IV

Sollen Lebensentfremdende Faktoren die Menschheit gänzlich unfrei machen?

Ist der Mensch ein Egoist und Agent egoistischer Gene?

Investieren wir in andere letztlich zum eigenen Nutzen?

Hat ethisches Handeln und Moral eine natürliche Basis?

Sind Lüge, Betrug und Selbstbetrug zum eigenen Vorteil der Kern unserer Natur?

Sind Betrug und Täuschung, Moral und Ethik soziale Phänomene?

**Können oder sollen wir anderen Gutes tun,
wenn eigene Fitnessinteressen in den Hintergrund treten oder zu treten scheinen?**

Juristische Fragen, die sich aus der Betrachtung der Eigentumsverhältnisse an Massenmedien ergeben, zerfallen ihrerseits in wirtschaftsrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen. Im vorliegenden Fall erstreckt sich der Untersuchungsgegenstand im Bereich der Überschneidung von zwei in der modernen Demokratie - apostrophiert als Parteienstaat und Mediengesellschaft - wichtigen Rechtsbereichen: dem Parteienrecht und dem Medienrecht. Alle juristischen Probleme der Beteiligung politischer Parteien an Medienunternehmen zu erörtern ist schwierig. Das Bundesverfassungsgericht liefert mit seinem Urteil zum ZDF Staatsvertrag bestens Aufschluss.

[BVerfG, 1 BvF 1/11 vom 25.3.2014, Absatz-Nr. (1 - 135), http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20140325_1bvf000111.htm]
Insbesondere sind Schwierigkeiten des Presserechts, die unabhängig von der Frage der Beteiligung politischer Parteien existieren und durch die Verbindung mit dem Parteienrecht nur verschärft zu diskutieren. So die rechtliche Stellung von Parteien und Massenmedien.

Von dieser Grundlage ausgehend sind die wichtigsten Schwierigkeiten, die sich aus der verfassungsrechtlichen Stellung von Medien und Parteien im Falle der wirtschaftlichen Beteiligung politischer Parteien an Presseunternehmen zu beleuchten. Die zentrale Frage ist somit, ob die Beteiligung politischer Parteien an Medienunternehmen zulässig ist. Politische Parteien sind die zentrale Instanz einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Ihre Rolle ist die Transparenz zwischen Bürger und Staat. Ihre Existenz wird vom Grundgesetz wie die von Ehe und Familie, Kirche und Presse vorausgesetzt.